

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Bauer (Würzburg),
Dr. Müller (München), Dr. Meinecke und Genossen**

**betr. Status, Beurteilung und Maßnahmen auf dem
Sektor Rauschgifte und Drogen im Gebiet der
Bundesrepublik Deutschland**

In Anknüpfung an die in Anlage 18 zum Protokoll der 54. Sitzung vom 1. Juli 1966 abgedruckte Beantwortung einer Mündlichen Anfrage des Abgeordneten Dr. Müller (München) fragen wir die Bundesregierung:

1. Finden die sich in jüngster Zeit häufenden Pressemeldungen bezüglich „Rauschgifttringe“, Rauschgiftschmuggel und verwandter Delikte einen entsprechenden Rückhalt in der Statistik der beiden abgelaufenen Jahre 1966 und 1967 und insbesondere bei Jugendlichen und Heranwachsenden?
 - a) Wie haben sich die in jener Beantwortung angegebenen Prozentziffern in den beiden letzten Jahren entwickelt?
 - b) Kann für die angegebenen Jahre 1963 bis 1965 sowie 1966/1967 die Beteiligung von Ausländern und eine Aufschlüsselung nach Nationalitäten angegeben werden?
 - c) Ist für die Entwicklung in der Vergangenheit ein Übergreifen von Süchtigkeiten bei Rauschgiften und Drogen durch Einflüsse aus bestimmten Ländern feststellbar?
2. Ist eine Aufschlüsselung anhand der durch Polizei, Gesundheits- oder Jugendämter sowie gerichtliche Verurteilungen amtlich bekannt gewordener einschlägiger Fälle möglich und wie ist gegebenenfalls das Zahlenverhältnis bei
 - a) Heroin und anderen auf Opium zurückgehenden Giften,
 - b) Haschisch / Marihuana,
 - c) LSD, Preludin und ähnlichen moderneren Nervenstimulanzien?

Wird das in einigen Ländern vorhandene Verbot von Heroin für durchführbar gehalten?

3. a) Können LSD und ähnliche Drogen infolge der relativ unkomplizierten Herstellungsweise nach Handel und Konsum überhaupt mit einiger Aussicht auf Erfolg unter Kontrolle gebracht und damit der Verbrauch wenigstens indirekt gesteuert werden?
b) Liegen bereits Erfahrungen vor hinsichtlich des Übergangs vom Genuß eines der erwähnten Gifte (bzw. Drogen) zum anderen?
c) Wird die Möglichkeit und Wirkung von Entziehungs- bzw. Rehabilitationsmaßnahmen geprüft und können gegebenenfalls heute schon Schlüsse daraus gezogen werden?
4. Sind Untersuchungen hinsichtlich soziologischer Kriterien bei den über Rauschgifte und Drogen behördlich erfaßten Personen — namentlich bei Jugendlichen und Heranwachsenden — erfolgt und gegebenenfalls mit welchem Ergebnis?
5. Wie viele Verurteilungen sind in den Jahren 1963 bis 1967 auf dem Drogen- und Rauschgiftsektor zu verzeichnen?
6. a) Reichen die derzeitigen Straf- und Sicherheitsvorschriften nach Auffassung der Bundesregierung für die zukünftige Entwicklung aus bzw. wo wären gesetzgeberische Maßnahmen erforderlich?
b) Ist die aus der Sache gebotene Zusammenarbeit auf internationaler Ebene ausreichend gewährleistet und reichen die gesetzlichen Handhaben in Form getroffener Übereinkommen zur Rechts- und Polizeihilfe aus, um dem grenzüberschreitenden Transfer von solchen Giften und Drogen zu begegnen?
7. Welche medizinischen, sozialen und erzieherischen Einwirkungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung, um der sprunghaft vorangehenden Entwicklung auf dem Felde der Chemie und Pharmazeutik in Verbindung mit zunehmenden Einflüssen durch ausländische Verbindungen sich verstärkenden Gefahr einer Verbreiterung des Konsums von Rauschgiften, Drogen und Toxica namentlich bei Jugendlichen und Heranwachsenden zu begegnen?

Bonn, den 13. Februar 1968

Bauer (Würzburg)
Dr. Müller (München)
Dr. Meinecke
Bals
Dr. Bayerl
Felder
Folger
Fritsch (Deggendorf)
Hauffe
Herold
Hirsch
Höhne

Hörauf
Hofmann (Kronach)
Kahn-Ackermann
Kohlberger
Marx (München)
Porzner
Dr. Reischl
Seibert
Seidel
Dr. Stammberger
Strohmayer
Zebisch